

Quo vadis, Europa?

*Am Scheideweg:
Globale Herausforderungen,
interne Defizite und dringende
Handlungsoptionen*

„Eine vertiefte Kooperation der EU mit verlässlichen Partnern ist alternativlos, um unter dem Dach gemeinsamer Handels- und Wettbewerbsregeln den Zugang zu Innovation und Zukunftsressourcen zu sichern.“
cep (2023)



*Erkennen
ist mehr
als Sehen*

Quo vadis, Europa?

*Am Scheideweg:
Globale Herausforderungen,
interne Defizite und dringende
Handlungsoptionen*

Dr. Anselm Küsters

Dr. Götz Reichert

Prof. Dr. Henning Vöpel

Dr. André Wolf

„Anstatt in industriepolitische Kleinstaaterei zu verfallen, sollten die EU-Mitglieder den Binnenmarkt als entscheidendes Asset für die Bewältigung der globalen Herausforderungen begreifen.“

cep (2023)

„... es [die Deglobalisierung der Weltwirtschaft] passiert vor unseren Augen. ... Es ist ignorant, wenn die Leute denken, wir könnten so weitermachen wie bisher.“

Magnus (2022)

„Ein erfolgreiches De-Risking der China-Beziehungen verlangt ein themenspezifisches Austarieren des Maßes an Kooperation, unter dem nüchternen Gesichtspunkt des Risiko-Rendite-Verhältnisses.“

cep (2023)

Bad Homburg/Berlin, Juli 2023

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Jahr nach der „Zeitenwende“ – und ein Jahr vor der Europawahl 2024 – steht die Europäische Union vor großen Herausforderungen, die zuletzt immer deutlicher sichtbar geworden sind:

Die jahrzehntelange europäische Friedensordnung wurde vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine durchbrochen. Zwischen den beiden Großmächten USA und China entwickelt sich ein **intensiver Hegemonialkonflikt**, der als bedrohliche Systemrivalität zutage tritt.

Strukturell **hohe Energiepreise** erschweren Investitionen in Europa und führen zu einer Verlagerung in andere Regionen. Trotz leicht entspannter Lage steht für Europa noch immer das Gespenst möglicher Versorgungsempässe im Raum (Stichwort *Erdgas*). Bei anderen kritischen Rohstoffen bestehen hohe Abhängigkeiten – insbesondere von China (Stichwort *Seltene Metalle*).

Gleichzeitig sorgen neue technologische Entwicklungen, vor allem im Bereich **Künstlicher Intelligenz**, für spürbare Disruptionen und zunehmenden Wettstreit zwischen den großen Wirtschaftsblöcken. Dieser Wettlauf wird durch massive Interventionen (und Subventionen), wie etwa im Bereich klimafreundlicher Technologien, zunehmend verschärft (Stichwort: *USA/Inflation Reduction Act*).

Immer klarer zeigt sich, dass die bisherige komfortable Position der EU – eingebettet in einen freien Welthandel, nur den eigenen Werten verpflichtet und weitgehend unbehelligt von geopolitischen Friktionen – in Zukunft nicht mehr aufrechtzuhalten ist. Unübersehbar ist die EU inzwischen mit **strategischen Defiziten** und ernststen Herausforderungen auf vielen Ebenen konfrontiert.

Damit wird klar: **Europas bisheriges „Geschäftsmodell“ steht unter Druck und benötigt dringend ein Update!** Statt wohlklingender „Visionen“ braucht Europa klare **Strategien**, die nicht nur zukunftsgerichtet und lösungsorientiert sind, sondern auch der Realität standhalten. Statt eine rein wertebasierte Politik zu betreiben, sollte die EU sich mehr auf (existenzielle) **Interessen** fokussieren. Und im globalen Technologiewettlauf muss sie durch kluge Fokussierung und Kooperation mit starken Partnern dringend wieder an Boden gewinnen.

Diese Wahrheiten mögen für viele in Europa schmerzhaft sein, was sie aber keinesfalls „unwahr“ macht. Denn wahr ist auch: Europas Probleme sind zu einem großen Teil auch auf langjährige **eigene Versäumnisse** zurückzuführen. Diese **strategischen Defizite** müssen offen adressiert und retardierende strukturelle und politische Elemente bereinigt werden.

Wie vielschichtig die zugrundeliegenden Problemstellungen sind, welche strategischen Lösungsansätze sich abzeichnen und welche mutigen Schritte Europa gehen muss, analysiert die vorliegende Studie des *FERI Cognitive Finance Institute* in Kooperation mit dem *cep (Centrum für Europäische Politik)*.

Im Kern fordert die Studie eine künftige EU-Strategie, die Europas Interessen fest in der entstehenden Weltordnung verankert und gleichzeitig die internen Strukturprobleme angeht.

Wir wünschen eine spannende Lektüre.



Dr. Heinz-Werner Rapp
Gründer & Leiter Steering Board
FERI Cognitive Finance Institute



Prof. Dr. Henning Vöpel
Vorstand Stiftung Ordnungspolitik und
Direktor des Centrums für Europäische Politik (cep)

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	1
1 Executive Summary	2
2 Motivation	6
3 Globale Herausforderungen für das europäische Geschäftsmodell	8
3.1 Fragmentierung des globalen Handels	8
3.2 Wachsende Schäden durch den Klimawandel	11
3.3 Globaler Technologiewettbewerb	14
3.4 Neue Rohstoffbedarfe	16
3.5 KI als Game Changer	19
3.6 Gefährdung kritischer Infrastruktur	25
4 Interne Strukturprobleme der EU	30
4.1 Bedrohung des Grundkonsens	30
4.2 Langwierigkeit von Entscheidungsprozessen	31
4.3 Übermäßige Bürokratie als Innovationshemmnis	33
4.4 Hohe Energiepreise	34
4.5 Demografischer Wandel	36
4.6 Der Euro als politische Handlungsrestriktion	39
5 Zentrale Handlungsfelder	40
5.1 Handelspolitik	40
5.2 Klima- und Energiepolitik	43
5.3 Technologiepolitik	50
5.4 Rohstoffpolitik	52
5.5 Sicherheitspolitik	54
6 Fazit	60
Literaturverzeichnis	63
Informationen über die Autoren und den Kooperationspartner	73

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Langfristige Entwicklung der globalen Handelsintensität	8
Abb. 2:	Triebkräfte der Fragmentierung des Welthandels	10
Abb. 3:	Globale Verteilung Patentanmeldungen im Zeitraum 2000-2021	15
Abb. 4:	Wechselwirkungen im globalen Technologiewettlauf	16
Abb. 5:	Marktanteile der wichtigsten Lieferanten für ausgewählte kritische Rohstoffe in 2020	17
Abb. 6:	Erscheinungsformen und Ursachen von Rohstoffrisiken	19
Abb. 7:	Wettbewerbsfaktoren im Bereich KI	22
Abb. 8:	Gefahrenquellen für kritische Infrastruktur und ihre Bekämpfung	28
Abb. 9:	Durchschnittlicher administrativer Aufwand bei Unternehmensgründungen	33
Abb. 10:	Wirtschaftliche und soziale Effekte der Alterung	38
Abb. 11:	Handlungsfelder im Bereich der Handelspolitik	42
Abb. 12:	Handlungsfelder im Bereich der Klima- und Energiepolitik	49
Abb. 13:	Handlungsfelder im Bereich der Technologiepolitik	53
Abb. 14:	Handlungsfelder im Bereich der Rohstoffpolitik	55
Abb. 15:	Handlungsfelder im Bereich der Sicherheitspolitik	56

1 Executive Summary

Ein Jahr vor den nächsten Europawahlen steht Europas Wirtschaftsmodell mehr denn je unter Druck. Inmitten einer geopolitischen Neuordnung und einem globalen industriepolitischen Wettrennen fehlt es der Europäischen Union (EU) erkennbar an strategischer Souveränität und institutioneller Geschwindigkeit. Vor diesem Hintergrund stellen sich fundamentale Fragen für die EU: Wie können ihre Werte und Interessen geschützt werden? Wie kann über Technologieführerschaft und geopolitischen Einfluss die eigene Souveränität gestärkt werden? Wie kann die EU nach außen eine Ordnungs- und Friedensmacht werden und nach innen ein demokratischer und freiheitlicher Schutzraum bleiben?

Die vorliegende Studie nutzt diese Leitfragen als Grundlage für einen umfassenden Überblick über die gegenwärtigen Risiken und wesentlichen politischen Baustellen für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Sie benennt zunächst die größten globalen Herausforderungen für das EU-Wirtschaftsmodell in den kommenden Jahrzehnten und diskutiert deren absehbare wirtschaftliche und politische Konsequenzen für die EU und ihrer Rolle in der Welt. Dann diskutiert sie eine Reihe drängender EU-interner Strukturprobleme, die eine schnelle und effektive Antwort Europas auf diese globalen Herausforderungen erschweren. Schließlich skizziert sie für zentrale Politikfelder eine Reihe strategischer Handlungsoptionen zum Umgang mit den Herausforderungen und Strukturproblemen.

Globale Herausforderungen

Der globale Trend zur **Fragmentierung des Welthandels** stellt die auf Freihandel ausgerichtete europäische Wirtschaft vor große Anpassungsprobleme. Nach einigen Dekaden fast stetig zunehmender Handelsintegration zeigt die Intensität des grenzüberschreitenden Güterhandels in den letzten zehn Jahren keinen positiven Trend mehr. Parallel hat die Zahl protektionistischer Maßnahmen, insbesondere in Form nicht-tarifärer Handelsbeschränkungen, weltweit deutlich zugenommen. Die sich formierenden Handelsblöcke dienen Wirtschaftsmächten wie USA und China nicht nur zur Sicherung heimischer Wertschöpfung, sondern auch zur Erlangung von strategischer Hegemonie entlang ihrer Lieferketten. Europa ist noch dabei, seinen Platz in dieser neuen handelspolitischen Tektonik zu suchen und droht zwischen

der sich verhärtenden Frontstellung zwischen den USA und China zerrieben zu werden. Die EU-Mitglieder stehen vor der Aufgabe, bestehende Wettbewerbspositionen auf wichtigen Exportmärkten zu verteidigen und zugleich den Anschluss an technologisch wichtige Zukunftsmärkte zu wahren.

Die **Folgen des Klimawandels** entwickeln sich für Europa – als der sich am schnellsten erwärmenden Erdregion – mehr und mehr zum Wohlstandsrisiko. Die wachsende Gefahr von Naturkatastrophen wie Dürren, Flutwellen oder Starkregenereignissen birgt ein erhebliches volkswirtschaftliches Schadenspotential. Hierzu zählen insbesondere hitze- und dürrebedingte Gesundheitsschäden und Todesfälle bei Menschen, Störungen von Ökosystemen, anhaltende Wasserknappheit, erhebliche Ernteeinbußen sowie überschwemmungsbedingte Schäden für Menschen, Wirtschaft und Infrastruktur. Der globale Charakter des Klimasystems und die zahlreichen Wechselwirkungen der Atmos-, Hydro-, Geo-, Bio- und Anthroposphäre verlangen einen systemisch-ganzheitlichen Ansatz für Maßnahmen, um den Klimawandel zu bekämpfen und sich an diesen anzupassen.

Ein weiteres Indiz für eine zunehmende globale Konfrontation ist der **immer dynamischer werdende Technologie-Wettlauf** um die zukünftige Marktführerschaft bei Technologien, die für emissionsarme Energiesysteme unerlässlich sind, wie z.B. Batterien, Elektrolyseure und Permanentmagnete. Spätestens seit dem Beschluss des *US Inflation Reduction Acts* ist klar geworden, dass die Versuchung, heimische Kapazitäten mittels massiver staatlicher Subventionierung aufzubauen, auch liberale Volkswirtschaften voll erfasst hat. China und andere Schwellenländer haben ohnehin schon seit geraumer Zeit technologiespezifische Wachstumsziele als ein strategisches Instrument zur Aufwertung ihrer Wertschöpfungsketten entdeckt. Die EU-Staaten haben hierauf bislang keine gemeinsame strategische Antwort entwickelt, weder was die Entwicklung eigener komparativer Vorteile noch Art und Umfang staatlicher Förderung anbelangt.

Eine Begleiterscheinung der globalen Fokussierung auf wenige grüne Technologien ist ein **Rennen um kritische Mineralrohstoffe** wie Lithium, Kobalt und Seltene Erden, die für die Umsetzung der Technologien gegenwärtig unverzichtbar sind. Diese Rohstoffe haben fast alle gemeinsam, dass sich

Abbau und Verhüttung global in wenigen Ländern (allen voran in China) konzentrieren, und mit hohen Umwelt- und Beschaffungsrisiken verbunden sind. Der für die Zukunft erwartete Nachfrageanstieg hat zu einer sprunghaften Expansion von Erkundungs- und Investitionsaktivitäten im Bereich dieser Rohstoffe geführt. Europa steht hier vor der Frage, ob es zur Minderung von Beschaffungsrisiken in erster Linie auf die Hebung eigener Ressourcen setzt, oder über langfristige Rohstoffpartnerschaften den Schulterchluss mit potentialreichen Drittstaaten sucht.

Der **exponentielle Trend zur künstlichen Intelligenz (KI)** beeinflusst bereits heute zahlreiche Wirtschaftssektoren und zunehmend auch die Geopolitik. Die Grundlage dafür liegt in Techniken des sogenannten maschinellen Lernens, bei denen Computer große Mengen an Daten analysieren, Muster erkennen und daraus Schlussfolgerungen ziehen können. Für Europa wird KI zum *Game Changer*. Sie kann dazu beitragen, den Klimawandel zu bekämpfen, das Gesundheitswesen an den demografischen Wandel anzupassen und die Resilienz von Lieferketten durch Echtzeit-Überwachung und effizienteres Warehousing zu verbessern. Allerdings werden europäische Unternehmen aufgrund ihres relativen Wettbewerbsnachteils gegenüber amerikanischen und chinesischen Akteuren und aufgrund der Menge an Daten, Rechenressourcen und Talenten, die für die Entwicklung dieser Systeme erforderlich sind, vermutlich nicht in naher Zukunft führende KI-Systeme ersetzen können.

Die **Gefährdung europäischer Infrastruktur** durch gezielte Attacken, sei es in Form von physischen Anschlägen oder mittels Cyberangriffen, ist zugleich ein zentrales sicherheitspolitisches Risiko für Europa. Hohe Verwundbarkeit besteht im Hinblick auf die IT-Infrastruktur, und hier insbesondere hinsichtlich des Schutzes von Seekabeln und Satelliten als Lebensadern des globalen Datenverkehrs. Bisherige Initiativen der EU in diesem Bereich sind noch unzureichend, da sie keine EU-weit koordinierte Risikobewertung und nur wenig zusätzliche Finanzmittel für Schutzmaßnahmen vorsehen. Die Gefährdung europäischer Infrastruktur durch gezielte Attacken, sei es in Form von physischen Anschlägen oder mittels Cyberangriffen, ist zugleich ein zentrales sicherheitspolitisches Risiko für Europa. Im aktuellen geopolitischen Klima stellt Europas Abhängigkeit von nicht-europäischen datenführenden Tiefseekabeln das größte sicherheitspolitische Risiko dar. Eine weitere Schwachstelle ergibt sich aus der Abhängigkeit von chinesischen Staatskonzernen wie *Huawei* und *ZTE*.

EU-interne Strukturprobleme

Die letzten Jahre sind durch eine **Zunahme an politischer Konfrontation** zwischen den EU-Mitgliedstaaten gekennzeichnet. Das betrifft nicht nur regulatorische Detailfragen oder die strategische Ausrichtung der EU, sondern berührt mittlerweile auch die Grundwerte der europäischen Gemeinschaft. Zwei Mitgliedstaaten stehen im Zentrum der Kontroverse: Polen und Ungarn. Im Falle Polens entzündet sich der Streit vorrangig an den von der polnischen Regierung durchgeführten schrittweisen Reformen des polnischen Justizwesens. Im Streit mit Ungarn zeichnet sich ebenfalls kein Ende ab. Die Konflikte berühren mittlerweile die Grundfesten der EU, sowohl hinsichtlich der Verteilung der Entscheidungskompetenzen zwischen Brüssel und der nationalen Ebene als auch der Natur der Grundrechte der EU-Bevölkerung.

Ist die **Entscheidungsfindung** bereits innerhalb demokratisch verfasster Nationalstaaten **tendenziell komplex und langwierig**, so gilt dies erst recht für die Kooperation innerhalb der EU mit ihren derzeit 27 Mitgliedstaaten. Dies zeigt sich nicht nur in der äußerst ausdifferenzierten Kompetenzverteilung, sondern insbesondere im „ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“. So ist der Erlass von EU-Rechtsakten oft mit einem harten Ringen um Kompromisse verbunden, an dem mit der *Europäischen Kommission*, den EU-Mitgliedstaaten sowie den über 700 Abgeordneten des *Europäischen Parlaments* zahlreiche Akteure mit ihren teils sehr unterschiedlichen Interessen beteiligt sind.

Ein durch EU-weite und nationale Regulierung verursachtes Strukturproblem ist die **allgemein hohe Bürokratiebelastung**. Das beginnt beim Prozess der Unternehmensgründung. Im globalen Vergleich ist der Gründungsprozess insbesondere in den großen Ländern langwierig und mit einem hohen Dokumentationsaufwand verbunden. Ein unnötig hoher administrativer Aufwand für Gründer bedeutet nicht nur Ressourcenverschwendung, sondern gefährdet auch Europas Position im globalen Technologiewettbewerb.

Ein weiteres kostenseitiges Hemmnis stellen die im **weltweiten Vergleich hohen Energiepreise** in Europa dar, die 2022 in Folge des russischen Überfalls der Ukraine geradezu explodierten. Trotz der schnellen Kriseninterventionen der EU ist derzeit nicht erkennbar, dass sich diese auf ihr Vorkrisenniveau zurückbewegen. Denn die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern kann auch bei stärksten Anstrengungen nicht kurzfristig beendet werden. Hohe Kosten für importierte

Energieträger belasten nicht nur unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Europa, sondern schwächen auch die für die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen dringend notwendige heimische Kapitalakkumulation.

Gemäß der jüngsten Langfristprojektionen von Eurostat soll die Bevölkerung in den EU-Ländern noch bis zum Jahr 2026 anwachsen und dann langsam, aber kontinuierlich schrumpfen. Für Europa hat die **erwartete demografische Entwicklung** schwerwiegende wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen. Ein Rückgang der Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter belastet unmittelbar die Produktionskapazitäten und damit die volkswirtschaftlichen Wachstumspotentiale. Aber auch mittelbar kann sich ein solcher Trend negativ auf die Einkommensentwicklung auswirken, etwa über den Zusammenhang zur Innovationsaktivität.

Die **Stabilitätsanforderungen der Eurozone** sind zudem spezifisch und die Kosten eines Zusammenbruchs systemisch hoch. Der engere Stabilitätszusammenhang der Eurozone zwingt die Europäische Union zu einem gewissen Gleichlauf. Die Existenz des Euro und seine spezifischen Stabilitätsanforderungen bilden – mindestens indirekt – zusätzliche politische Handlungsrestriktionen für die Europäische Union. Hinzu kommt, dass die Europäische Währungsunion auch heute kein sogenannter optimaler Währungsraum ist. Sie muss deshalb, insbesondere in Krisenzeiten, durch die Geld- und Finanzpolitik stabilisiert werden.

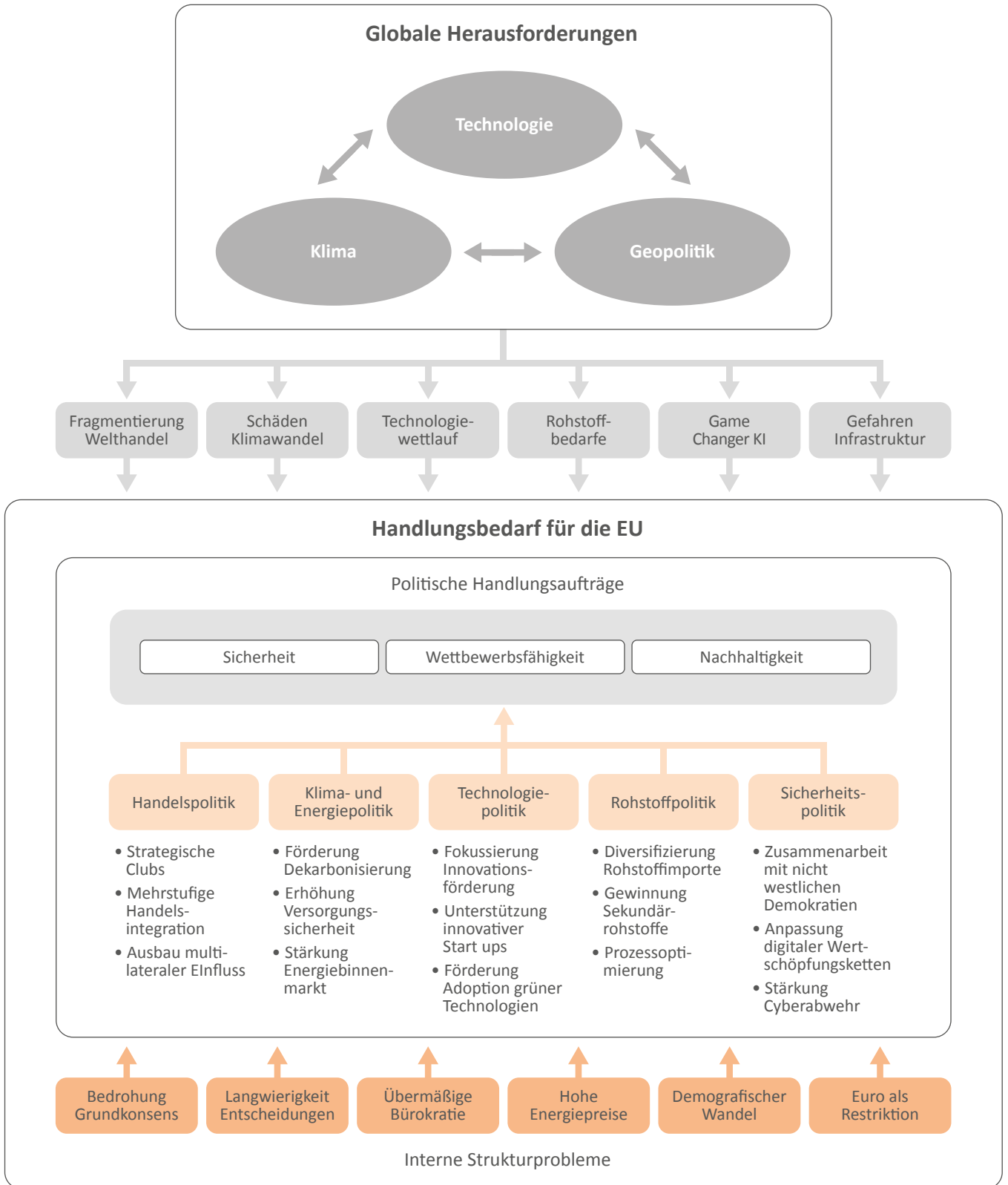
Schlussfolgerungen für eine zukünftige EU-Strategie

Oberstes Ziel sollte es sein, Europas Werte und Wohlstand fest in der sich formierenden neuen Weltordnung zu verankern. Eine darauf ausgerichtete Strategie muss zuallererst die Risiken in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen identifizieren, in ihren Wechselwirkungen erfassen und kontinuierlich überwachen. Darauf aufbauend sollte die EU ein ganzheitliches Risikomanagement etablieren. Das erfordert intern die Bereitschaft zur Ressourcenbündelung und -kooperation. Dabei geht es jedoch nicht um Risikoreduktion durch Abschottung. Denn Wohlstandsicherung setzt für Europa voraus, auch zukünftig an den Früchten der internationalen Arbeitsteilung wie Speziali-

sierung und Ressourcenzugang teilhaben zu können. Die damit verbundenen externen Risiken sollten jedoch gesenkt werden. Das erfordert wirtschaftlich wie regulatorisch die vertiefte Kooperation mit verlässlichen Partnern, um unter dem Dach gemeinsamer Handels- und Wettbewerbsregeln den Zugang zu Innovation und Zukunftsressourcen zu sichern. Um die strategische Autonomie der EU zu wahren und die Tendenz zur Blockbildung nicht zusätzlich zu befeuern, sollten Allianzen möglichst pragmatisch-sachbezogen und in themenabhängig wechselnden Konstellationen angegangen werden. Aus demselben Grund sollte die EU auch von einer Politik der generellen Entkopplung von China absehen. Stattdessen sollte das Maß an Kooperation bzw. Entkopplung nüchtern und themenabhängig anhand der Risiko-Ertrags-Perspektive austariert werden, dem Prinzip eines zielgerichteten „De-Risking“ folgend.

Vorausschauende Risikoabschätzung und Diversifizierung zur Krisenprävention nach außen und der Abbau interner Strukturprobleme sind politikfeldübergreifend die Schlüssel für eine erfolgreiche Zeitenwende auf europäischer Ebene. Das setzt zum einen die Bereitschaft der Mitgliedstaaten voraus, in strategischen Fragen an einem Strang zu ziehen. Zum anderen bedarf es zukünftig mehr denn je eines funktionierenden Binnenmarkts als Instrument der Entwicklung und Selektion von Zukunftslösungen „Made in Europe“ durch wettbewerbliche Erkundung. Auch dafür müssen in einem sich technologisch radikal verändernden Umfeld die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das beginnt beim Aufbau einer neuen Energieinfrastruktur und endet bei Abstimmungen zu KI-Regeln. Deutschland kommt als Schlüsselakteur in den industriellen Wertschöpfungsketten dabei eine besondere Verantwortung zu. In strategischen Fragen sollte die Bundesregierung Kompromissfähigkeit zeigen und Alleingänge vermeiden. Zugleich sollte sie ihr Gewicht dafür in die Waagschale werfen, dass auch künftig ein regelbasierter Binnenhandel die Produktivkräfte lenkt und kein Subventionswettrüsten zwischen den Mitgliedstaaten einsetzt. Nur mit einem schrankenlosen Binnenmarkt, der Nachfrage schafft und dezentral Innovation hervorbringt, werden Deutschland und die EU zu attraktiven Partnern für die Lösung der großen globalen Herausforderungen unserer Zeit.

COGNITIVE CONCLUSION
 Quo vadis, Europa?



2 Motivation

„Stell dir vor, es ist Zeitenwende und Europa verliert den Anschluss.“ Diese zugegeben drastische Formulierung enthält einen wahren Kern und v.a. eine dringliche Sorge. Inmitten einer geopolitischen Neuordnung und starker industriepolitischer Dynamik fehlt es der Europäischen Union erkennbar an strategischer Souveränität und institutioneller Geschwindigkeit. Das „Europäische Modell“ hat in den letzten Jahrzehnten enorm von den geopolitischen, technologischen und industriellen Umständen, die überwiegend stabil, friedlich und kooperativ gewesen sind, profitiert. Es war die Beste aller Welten: Die Sicherheit wurde von den USA garantiert, die Energie kam billig aus Russland, die Exporte gingen in das schier unendlich wachsende China.

Heute, da sich diese Umstände in ihr Gegenteil verkehren, ist die EU in einer völlig anderen Welt aufgewacht und es wird offenkundig, dass Europa vor großen Herausforderungen steht und in den bequemen Jahren ein **enormes Strategie-defizit** entwickelt hat. Die Herausforderungen sind enorm und vielfältig: Die geopolitische Neuordnung, die wesentlich von den hegemonialen Ansprüchen Chinas bestimmt wird, aber auch zu komplexen Dynamiken zwischen „Mittelmächten“ wie Indien, Türkei oder Brasilien führt, verlangt von Europa Wachsamkeit und Geschick. Die Offenheit von Märkten und der Zugang zu Rohstoffen sind zentrale Anliegen Europas.

Neue Technologien wie v.a. die künstliche Intelligenz (KI) entscheiden über Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. In kaum einem Feld der Zukunftstechnologien besitzt Europa heute Führerschaft in Entwicklung und Anwendung. Zugleich verlangen Klimawandel und Biodiversitätskrise ein erhebliches Maß an Transformation und Anpassung. Und schließlich erfordert eine Welt der Komplexität und Ungewissheit ein hohes Maß an „**Multi-Resilienz**“ und einen neuen Begriff von Sicherheit angesichts systemischer Risiken infolge von Cyber-Angriffen, hybrider Kriegsführung, Wasserknappheit etc..

Vor diesem Hintergrund stellen sich sehr fundamentale Fragen für die EU: Wie können Werte und Interessen geschützt werden? Wie kann über Technologieführerschaft und geopolitischen Einfluss die eigene Souveränität gestärkt werden? Wie kann die EU nach außen eine Ordnungs- und Friedensmacht und nach innen ein demokratischer und freiheitlicher Schutzraum werden?

Momentan leidet die EU unter **dysfunktionalen Strukturen**. Die Einstimmigkeitsregel hält die EU im Dialog, zwingt sie aber auch immer wieder zu langwierigen Kompromissen. Der Regulierungsansatz setzt auf kleinteilige und damit sehr teure Steuerung, weniger auf die Gestaltung von industriellen und technologischen Transformationspfaden. Die EU wirkt – auch vor dem Hintergrund demografischer Alterung – langsam und für Talente und Investitionen wenig attraktiv.

Die vorliegende Studie möchte unter diesen Vorzeichen einen Überblick über die anstehenden Herausforderungen und Handlungsoptionen für die EU schaffen. **Ihre Grundthese ist, dass jenseits des themenspezifischen Ringens um Lösungen dringende Notwendigkeit für eine übergreifende europäische Zukunftsstrategie besteht. Deren oberstes Ziel sollte die langfristige Sicherung von Wohlstand und Werten des EU-Raumes sein.** Eine solche Strategie zusammen zu entwickeln und umzusetzen, setzt zunächst ein gemeinsames Verständnis der globalen Trends und ihrer Wechselwirkungen voraus. Ferner müssen sich die EU-Mitglieder ihrer hauseigenen Strukturprobleme bewusst sein, und inwieweit sie für die anstehenden Aufgaben eine Handlungsrestriktion darstellen.

Die vorliegende Studie spiegelt diese Gedanken in ihrem dreiteiligen Aufbau wider. Zunächst benennt sie **in Kapitel 3 die größten globalen Herausforderungen für das EU-Wirt-**

schaftsmodell in den kommenden Jahrzehnten und diskutiert deren absehbare wirtschaftliche und politische Konsequenzen für die EU und ihrer Rolle in der Welt. Dazu zählen der Klimawandel und die Fragmentierung des Welthandels, sowie damit zusammenhängend das Wettrennen um neue Technologien und Rohstoffe. Ferner werden die besonderen Herausforderungen der Verbreitung von KI und die wachsende Gefährdungslage für kritische Infrastruktur als Herausforderungen beleuchtet. **Kapitel 4 ist einer Reihe drängender EU-interner Strukturprobleme gewidmet**, die eine schnelle und effektive Antwort Europas auf die globalen Herausforderungen erschweren. Dazu gehören die Schwierigkeiten, die die Langwierigkeit von Entscheidungsprozessen und eine Zunahme an Grundsatzkonflikten für die EU-interne Koopera-

tion mit sich bringen. Aus Unternehmensperspektive gehören dazu aber auch Kostenbelastungen infolge hoher Energiepreise und starker Bürokratiebelastung, sowie das Langzeitproblem der fortschreitenden Alterung. Für die Länder der Eurozone werden die Restriktionen aus der gemeinsamen Währungspolitik ebenfalls beleuchtet. **Kapitel 5 entwirft schließlich für zentrale Politikfelder eine Reihe differenzierter strategischer Handlungsoptionen** zum Umgang mit den Herausforderungen und Strukturproblemen. Das umfasst sowohl interne Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten als auch Empfehlungen zur Kooperation nach außen. Die Studie schließt mit einem zusammenfassenden Fazit, das die gemeinsame strategische Ausrichtung der Handlungsempfehlungen herausarbeitet.

**KURZVERSION –
die komplette Studie ist erhältlich unter
info@feri-institut.de**

6 Fazit

Ein Jahr vor den nächsten Europawahlen stellt sich die Frage nach einer zukunftsorientierten EU-Strategie drängender als je zuvor. Massive Umwälzungen auslösende globale Herausforderungen, allen voran der Klimawandel und die Verbreitung von KI, treffen auf eine zunehmend fragile Weltordnung, die politisch wie wirtschaftlich in neue Frontstellungen zu zerfallen droht. Unmittelbarer Effekt ist ein zunehmend aggressives Ringen um geopolitischen Einfluss und um den Zugang zu Zukunftsressourcen (Rohstoffe, Wissen, Fachkräfte). Die wachsenden Rivalitäten stellen die Architektur der Globalisierung vor eine Zerreißprobe. Geostrategisches Denken und das steigende Bewusstsein für (digitale und analoge) Sicherheitsrisiken führen zu einer schrittweisen Neuorganisation der Weltmärkte und internationalen Lieferketten.

Für die EU birgt dieser globale Wandel besondere Risiken. Wie kaum ein anderer Wirtschaftsraum ist sie in ihrer politischen Philosophie und Wirtschaftsstruktur auf die Prinzipien Multilateralismus und Freihandel ausgerichtet. In der im Fluss befindlichen weltwirtschaftlichen Tektonik hat sie noch keine klare Vorstellung entwickelt, wo zukünftig ihr Platz liegen könnte. Bei anhaltender Unentschlossenheit droht sie zwischen den entstehenden neuen Machtblöcken zerrieben zu werden. Im schlimmsten Fall würde sie wirtschaftlich in die Peripherie verdrängt und politisch zum Spielfeld geopolitischer Ambitionen fremder Mchte. Um dem zu entgehen, sind strategischer Weitblick und Handlungsstrke gefragt. Europas Wirtschaft muss es gelingen, bestehende Wettbewerbsvorteile im Bereich wissens- und wertschpfungsintensiver Produktionsstufen zu halten, und zugleich ihre Lieferketten robust gegenüber der Vielfalt an globalen Gefahren zu gestalten. Zugleich ist ihr Handlungsspielraum aber durch zahlreiche, größtenteils hausgemachte Strukturprobleme eingeschränkt, von hohen Energiepreisen über Brokratielasten bis hin zur demografischen Zeitbombe der Alterung.

Das macht die Fokussierung auf eine **kohärente Gesamtstrategie**, jenseits der Flut an bisherigen themenspezifischen EU-Strategiepapieren, umso essentieller. Oberstes Ziel sollte es sein, Europas Wohlstand und Werte fest in der sich formierenden neuen Weltordnung zu verankern. Eine darauf ausgerichtete Strategie muss zuallererst Risiken in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen identifizieren, in ihren Wechselwirkungen erfassen und kontinuierlich überwachen.

Darauf aufbauend sollte die EU ein ganzheitliches Risikomanagement etablieren. Das erfordert intern die Bereitschaft zur Ressourcenbndelung und -kooperation. Dabei geht es jedoch nicht um Risikoreduktion durch Abschottung. Denn Wohlstandssicherung setzt für Europa voraus, auch zukünftig an den Früchten der internationalen Arbeitsteilung wie Spezialisierung und Ressourcenzugang teilhaben zu können. Die damit verbundenen externen Risiken sollten jedoch gesenkt werden. Das erfordert wirtschaftlich wie regulatorisch die vertiefte Kooperation mit verlässlichen Partnern, um unter dem Dach gemeinsamer Handels- und Wettbewerbsregeln den Zugang zu Innovation und Zukunftsressourcen sichern.

Um die strategische Autonomie der EU zu wahren und die Tendenz zur Blockbildung nicht zusätzlich zu befeuern, sollten Allianzen möglichst pragmatisch-sachbezogen und in themenabhängig wechselnden Partnerkonstellationen angegangen werden. Aus demselben Grund sollte die EU auch von einer Politik der generellen Entkopplung von China absehen. Stattdessen sollte das Maß an Kooperation bzw. Entkopplung nüchtern und themenabhängig anhand der Risiko-Ertrags-Perspektive austariert werden, dem Prinzip eines zielgerichteten „*De-Risking*“ folgend.

Diversifizierung zur Krisenprävention nach außen und der Abbau interner Strukturprobleme sind politikfeldbergreifend die Schlüssel.

Das setzt zum einen die Bereitschaft der Mitgliedstaaten voraus, in strategischen Fragen an einem Strang zu ziehen. Zum anderen bedarf es zukünftig mehr denn je eines funktionierenden Binnenmarkts als Instrument der Entwicklung und Selektion von Zukunftslösungen „Made in Europe“ durch wettbewerbliche Erkundung. Auch dafür müssen in einem sich technologisch radikal verändernden Umfeld die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das beginnt beim Aufbau einer neuen Energieinfrastruktur und endet bei Abstimmungen zu KI-Regeln. Deutschland kommt als Schlüsselakteur in den industriellen Wertschöpfungsketten dabei eine besondere

Verantwortung zu. In strategischen Fragen sollte die Bundesregierung Kompromissfähigkeit zeigen und Alleingänge vermeiden. Zugleich sollte sie ihr Gewicht dafür in die Waagschale werfen, dass auch künftig ein regelbasierter Binnenhandel die Produktivkräfte lenkt und kein Subventionswettrüsten zwischen den Mitgliedstaaten einsetzt. Nur ein schrankenloser Binnenmarkt, der Nachfrage schafft und dezentral Innovation hervorbringt, macht Deutschland und die EU als Partner für die Lösung der großen globalen Fragen attraktiv.

Die in der vorliegenden Studie dargelegten Rahmenbedingungen, Entwicklungen und „Megatrends“ sowie die daraus abgeleiteten Zukunftsperspektiven und Handlungsoptionen vermitteln ein differenziertes, wenngleich an vielen Stellen auch sehr **ernüchterndes Bild**.

- Die Frage: „Quo vadis, Europa?“ ist somit erheblich mehr als nur ein rhetorisches Konstrukt.

Was bedeuten die hier dargestellten Ergebnisse sowie die daraus entwickelten Thesen für Unternehmer und Investoren?

- Europa leidet unter einem erkennbaren **Defizit an klaren Zukunftsstrategien**, die eine planvolle und rationale Bewältigung anstehender Probleme ermöglichen würden.
- Stattdessen ist Europa (speziell das rund um Brüssel verortete „politische“ Europa) ein Ort oftmals gut gemeinter Utopien und wohlklingender, aber häufig auch naiver „Visionen“.
- Hierin liegt aus Sicht von Unternehmern und Investoren ein **gravierendes Problem**, denn: Das **offensichtliche Strategiedefizit** auf vielen politischen Ebenen impliziert im Zeitverlauf sehr oft erhebliche Divergenzen zwischen den zentralistischen Planungen einer Behörde wie der *Europäischen Kommission* und der späteren – sehr viel komplexeren – Realität.
- Schafft es Europa nicht, sich aus seiner zunehmenden Tendenz zur (französisch geprägten) „zentralen Planung“ zu befreien, sind in der Zukunft weitere ernste Probleme und „Realitätsschocks“ sehr sicher zu erwarten.

- Gleichzeitig resultiert daraus auch eine geringe Transparenz und Vorhersehbarkeit zukünftiger politischer Rahmenbedingungen, denn: Wer immer wieder in wichtigen Punkten von der Realität widerlegt wird, muss häufig unter großem Zeitdruck „politisch nachsteuern“ und verfällt dabei leicht in hektischen, aber letztlich kontraproduktiven Aktionismus. Die Tatsache, dass Europa in wichtigen Zukunftsfragen wie Sicherheit, Energieversorgung und Rohstoffbeschaffung zuletzt immer wieder sehr schmerzhaft mit veränderten (aber keinesfalls überraschenden) Realitäten kollidiert ist, unterstreicht diesen Punkt sehr eindringlich.
- Inzwischen hat das politische Europa jedoch einige Lektionen gelernt und bemüht sich um eine bessere und ausgewogenere Risikosteuerung in verschiedenen Bereichen („De-Risking“).
- Verglichen mit den klar interessengeleiteten und präzise ausgearbeiteten strategischen Planungen von Ländern wie den USA oder China ist Europa jedoch – wieder einmal – ein „Spätentwickler“, der grundlegende Veränderungen erst unter extremem Druck angeht (dabei aber möglichst niemandes Gefühle verletzen will).
- Folglich hat Europa im derzeitigen geopolitischen Szenario, mit einem intensiven **Hegemonialkonflikt** sowie einer sehr aufgeheizten Atmosphäre zwischen den beiden Systemrivalen USA und China, per Definition eine schwache Position – eingezwängt im „Sandwich“ globaler (sehr bedeutender) Machtinteressen.
- Europa hat spätestens 2022 bemerkt, dass die bisherigen Vorzüge einer solchen „Sandwich-Position“, insbesondere ein Lavieren zwischen großen Machtblöcken sowie die Nutzung spezifischer Vorteile aus anderen Polen des „Sandwichs“ (Sicherheit aus den USA; Exportgewinne aus China; zusätzlich noch Energie aus Russland) nicht mehr länger möglich sind.
- Bislang scheint Europa auf dieses grundlegende Problem aber noch keine wirklich überzeugende Antwort gefunden zu haben. Dies erhöht aus Sicht vieler Unternehmer und Investoren die Risiken einer langfristigen Bindung an Europa.

- Hohe Energiekosten, eine oftmals erschreckend naive Energiepolitik (speziell in Deutschland) sowie ein **unklares strategisches Gesamtkonzept** sind Faktoren, die Unternehmer und Investoren tendenziell abschrecken und demotivieren. (Aus diesem Grund werden bereits viele Realinvestitionen aus dem europäischen Raum in die USA verlagert).
- Auch wichtige **Zukunftsinitiativen**, etwa im Bereich der Spitzentechnologie (KI, etc.) erfolgen in Europa oftmals nur halbherzig und ohne klaren Blick auf zukünftige Wachstumschancen.
- Wenig überraschend fällt Europa, und insbesondere Deutschland, auf den Ranglisten langfristig orientierter Investoren – darunter auch potentielle Unternehmensgründer – bei vielen **kritischen Standortfaktoren** immer weiter zurück.
- Frühere Standortvorteile für Europa, darunter politische Stabilität, unternehmerische Freiheit und Rechtssicherheit verlieren angesichts neuer Entwicklungen überall in Europa ebenfalls an Strahlkraft.
- Hinzu kommt: In den letzten 15 Jahren waren es weniger „kluge“ politische Handlungen als vielmehr die **inflationäre Politik der EZB**, die das „Schiff Europa“ über Wasser gehalten haben.
- Europa bleibt damit auch für Unternehmer und Investoren in vielen Bereichen nur „zweite Wahl“, was bei Investitionsentscheidungen oftmals grundlegende Kompromisse erfordert.

- Während sich die „*Schere der Attraktivität*“ im Vergleich zu anderen Alternativen (wie den USA) erneut öffnet, sucht Europa weiterhin nach seiner Zukunft.
- Diese Zukunft ist im Verbund der mittlerweile 27 (oftmals sehr heterogenen) EU-Mitgliedsländer, und vor dem Hintergrund eines Krieges „direkt vor der Haustür“, nicht leicht zu finden oder gar positiv zu gestalten.
- Ob die „*Green Transition*“, die grüne Energiewende, Europa tatsächlich einen neuen Wachstumsschub verleiht (wie viele Politiker glauben), oder nicht eher bestehende Wettbewerbsnachteile noch weiter verstärken wird, ist derzeit noch eine offene Frage, die jedoch jeden Tag an Brisanz gewinnt.
- Unternehmer und Investoren sollten sich von diesen Überlegungen aber nicht abschrecken lassen, sondern trotz allem – rational und ohne Naivität – mögliche Chancen in Europa aufspüren und aktiv nutzen, denn: Nur so kann Europa einen erfolgreichen Weg in die Zukunft finden.
- Damit wird die Eingangsfrage – „*Quo vadis, Europa?*“ – zu einer individuellen Frage, die jeder Unternehmer und Investor für sich selbst nach bestem Wissen beantworten muss.

Informationen über die Autoren und den Kooperationspartner:

Dr. Anselm Küsters

Dr. Anselm Küsters, LL.M., ist Leiter des Fachbereichs „Digitalisierung und neue Technologien“ am Centrum für Europäische Politik (cep). Er hat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main in Mittlerer und Neuerer Geschichte promoviert und war am Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie tätig.

kuesters@cep.eu

Dr. Götz Reichert

Dr. Götz Reichert, LL.M., ist Leiter des Fachbereichs „Energie, Klima, Umwelt und Verkehr“ am Centrum für Europäische Politik (cep). Er hat an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen promoviert und war als Legal Consultant für die Weltbank tätig.

reichert@cep.eu

Prof. Dr. Henning Vöpel

Prof. Dr. Henning Vöpel ist Direktor des Centrums für Europäische Politik (cep) und Vorstand der Stiftung Ordnungspolitik. Er hat an der Universität Hamburg promoviert und war Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

voepel@cep.eu

Dr. André Wolf

Dr. André Wolf ist Leiter des Fachbereichs „Technologische Innovation, Infrastruktur und industrielle Entwicklung“ am Centrum für Europäische Politik (cep). Er hat an der Christian-Albrechts-Universität Kiel promoviert und war als Forschungsbereichsleiter am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut tätig.

wolf@cep.eu

Über das cep:

Das Centrum für Europäische Politik (cep) ist der europapolitische Thinktank der Stiftung Ordnungspolitik. Es bewertet auf Basis einer modernen freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnungsökonomik die Vorhaben der EU.

Das Centrum für Europäische Politik FREIBURG | BERLIN, das Centre de Politique Européenne PARIS, und das Centro Politiche Europee ROMA bilden das Centres for European Policy Network FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA. Das gemeinnützige Centrum für Europäische Politik analysiert und bewertet die Politik der Europäischen Union unabhängig von Partikular- und parteipolitischen Interessen in grundsätzlich integrationsfreundlicher Ausrichtung und auf Basis der ordnungspolitischen Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Dieser Text dient nur zu Informationszwecken. Er stellt keine Anlageberatung und auch keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren, Terminkontrakten oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Eine Investitionsentscheidung hat auf Grundlage eines Beratungsgesprächs mit einem qualifizierten Anlageberater zu erfolgen und auf keinen Fall auf der Grundlage dieser Information.

Potentielle Investoren sollten sich informieren und adäquaten Rat einholen bezüglich rechtlicher und steuerlicher Vorschriften sowie Devisenbestimmungen in den Ländern ihrer Staatsbürgerschaft, ihres Wohnorts oder ihres Aufenthaltsorts, die möglicherweise für die Zeichnung, den Kauf, das Halten, das Tauschen, die Rückgabe oder die Veräußerung jeglicher Investments relevant sein könnten.

Alle Angaben und Quellen werden sorgfältig recherchiert. Für Vollständigkeit und Richtigkeit der dargestellten Information wird keine Gewähr übernommen.

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede weitere Verwendung, insbesondere der gesamte oder auszugsweise Nachdruck oder die nicht nur private Weitergabe an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung von FERİ gestattet. Die nicht autorisierte Einstellung auf öffentlichen Internetseiten, Portalen oder anderen sozialen Medien ist ebenfalls untersagt und kann rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Die angeführten Meinungen sind aktuelle Meinungen, mit Stand des in diesen Unterlagen aufgeführten Datums.

© FERİ AG

Bisherige Publikationen im FERI Cognitive Finance Institute:

Studien:



1. Carbon Bubble und Dekarbonisierung (2017)
2. Overt Monetary Finance (OMF) (2017)
3. Die Rückkehr des Populismus (2017)
4. KI-Revolution in der Asset & Wealth Management Branche (2017)
5. Zukunftsrisiko „Euro Break Up“ (2018)
6. Die Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, (2018)
7. Wird China zur Hightech-Supermacht? (2018)
8. Zukunftsrisiko „Euro Break Up“, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage (2018)
9. Risikofaktor USA (2018)
10. Impact Investing: Konzept, Spannungsfelder und Zukunftsperspektiven (2019)
11. „Modern Monetary Theory“ und „OMF“ (2019)
12. Alternative Mobilität (2019)
13. Digitalisierung – Demographie – Disparität (2020)
14. „The Great Divide“ (2020)
15. Zukunftstrend „Alternative Food“ (2020)
16. Digitalisierung – Demographie – Disparität, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage (2020)
17. „The Great Progression“ (2021)
18. „Blockchain und Tokenisierung“ (2021)
19. „The Monetary Supercycle“ (2021)
20. Wasserstoff als Energiequelle der Zukunft (2022)
21. Sustainable Blue Economy (2022)
22. Chinas globales Powerplay (2022)
23. Quo vadis, Europa? (2023)

Cognitive Comments:



1. Network Based Financial Markets Analysis (2017)
2. Zwischen Populismus und Geopolitik (2017)
3. „Neue Weltordnung 2.0“ (2017)
4. Kryptowährung, Cybermoney, Blockchain (2018)
5. Dekarbonisierungsstrategien für Investoren (2018)
6. Innovation in blockchain-based business models and applications in the enterprise environment (2018)
7. Künstliche Intelligenz, Quanten-Computer und Internet of Things - Die kommende Disruption der Digitalisierung (2019)
8. Quantencomputer, Internet of Things und superschnelle Kommunikationsnetze (2019)
9. Was bedeutet die CoViD19-Krise für die Zukunft? (2020)
10. Trouble Spot Taiwan – ein gefährlich unterschätztes Problem (2021)
11. Urban Air Mobility – Flugdrohnen als Transportmittel der Zukunft (2021)
12. „Longevity“: Megatrend Langlebigkeit – Die komplexen Auswirkungen und Konsequenzen steigender Lebenserwartung (2022)
13. Hightech-Metalle und Seltene Erden – Akute Rohstoff-Risiken für Europas Zukunft (2022)
14. Amerika auf dem Weg zur Autokratie – Anatomie und Perspektiven einer gespaltenen Großmacht (2022)
15. Vertical Farming – Technologische Innovation zur Umgestaltung des globalen Ernährungssystems (2023)
16. Generation Z – Potentiale der jungen Generation für globale Disruption (2023)

Cognitive Briefings:



1. Ressourcenverbrauch der Digital-Ökonomie (2020)
2. Globale Bifurkation oder „New Cold War“? (2020)
3. Digitaler Euro: Das Wettrennen zwischen Europäischer Zentralbank und Libra* Association (2020)
4. Herausforderung „Deep Fake“ (2021)
5. Geoökonomische Zeitenwende (2022)



Erkennen ist mehr als Sehen

Erkenntnisgewinn beruht auf Vernetzung. Wir bringen hochkarätige Experten zusammen und analysieren systemrelevante Themenstellungen.

Das FERI Cognitive Finance Institute versteht sich als kreativer Think Tank und beantwortet wirtschaftliche und strategische Fragestellungen.

Vorausschauend. Innovativ. Strategisch.

Erfahren Sie mehr auf unserer Webseite www.feri-institut.de



Erkenntnisse der Cognitive Finance
ISSN 2567-4927

FERI AG | FERI Cognitive Finance Institute
Das strategische Forschungszentrum der FERI Gruppe
Haus am Park
Rathausplatz 8 – 10
61348 Bad Homburg v.d.H.
T +49 (0)6172 916-3631
wirtschaft@feri-institut.de
www.feri-institut.de



Centrum für Europäische Politik
FREIBURG | BERLIN
Kaiser-Joseph-Straße 266
D-79098 Freiburg
Schiffbauerdamm 40 Räume 4205/06
D-10117 Berlin
Tel. + 49 761 38693-0

